



Gebührenerhöhungen? Nein!

„Die Stadt braucht mehr Geld!“

Diese Meinung vertrat dieser Tage ein CDU-Kreistagsabgeordneter und sicherlich hat er, allein mit dieser Feststellung, den Nagel auf den Kopf getroffen. Dies ist auch schon seit Jahren die Meinung der DKP-Stadtverordneten und trotzdem gibt es gravierende Unterschiede zwischen den beiden Standpunkten. Wenn CDU-Abgeordnete auf die Verarmung unserer Städte hinweisen, dann schielen sie auf das Portemonnaie des kleinen Mannes und reden kommenden Gebührenerhöhungen das Wort. Wenn Kommunisten die Feststellung treffen, daß die Stadt sich immer mehr verschulden muß, um die notwendigsten Einrichtungen zu schaffen, dann verweisen wir darauf, wo das Geld eigentlich zu holen ist.

Immer deutlicher vertreten SPD und CDU in den letzten Wochen die Meinung, daß es an der Zeit sei, die Finanzen der Stadt auf Kosten der Bürger aufzubessern.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es sich bei den laufenden und kommenden Investitionen unserer Stadt nicht um die Finanzierung überflüssiger Luxuseinrichtungen handelt, sondern um zeitgemäße, lebensnotwendige, gesundheitserhaltende und fördernde Maßnahmen, sowie um unaufschiebbare Projekte der Daseinsfürsorge.

Wenn Walldorf demnächst eine neue Sporthalle und für die Gesamtstadt Mörfelden ein Altenwohnheim mit Pflegestation errichten wird, dann sind dies schon längst fällige Einrichtungen. Die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen die heute Gelegenheit haben, in den Hallen Sport zu treiben, fallen morgen dem Staat nicht durch Krankheit und Gebrechen zur Last.

Auch ist eine Einrichtung wie die geplante, für unsere älteren Bürger schon längst überfällig, denn es geht nicht mehr länger an, daß pflegebedürftige ältere Menschen nur mit Mühe und mitunter nur in weiter Entfernung von ihren Angehörigen untergebracht werden können. Wenn auch im Stadtteil Walldorf über kurz oder lang ein Kinderhort geschaffen werden muß, dann ist das für alleinstehende berufstätige Mütter unbedingt notwendig und in anderen europäischen Ländern schon längst üblich.

Der Kanalverbund zwischen den Stadtteilen Walldorf und Mörfelden mit den dazwischen liegenden Um- und Über-

laufwerken verschlingt eine Menge Geld und lähmt zu einem gewissen Grade alle Aktivitäten unserer Stadt.

Wenn wir auch heute der Meinung sind, daß die Erweiterung und Modernisierung der Walldorfer Kläranlage preisgünstiger gewesen wäre und der Kanalverbund noch im Zeichen der Euphorie geplant wurde, als man zwischen Walldorf und Mörfelden noch alles restlos zubauen wollte. Aber auch die Kläranlage in Walldorf hätte keine geringe Kosten verursacht. Wir meinen, daß dies alles notwendige Ausgaben sind, die die Stadt leider immer nur mit neuen Darlehen (ausgerechnet in einer ▶



„Armenien singt und tanzt“. Vor einem besetzten Bürgerhaussaal traten armenische Volkskünstler auf. Es gab begeisterten Beifall. Vor allem der anwesende armenische Zauberkünstler wurde heftig beklatscht. Die DKP-Mörfelden setzte mit diesem Abend ihre Veranstaltungsreihe mit internationalen Spitzenensembles fort. Wir glauben, daß dies als eine außerordentliche Bereicherung des Kulturlebens in unserer Stadt zu betrachten ist.

▼ Zeit hoher Zinsen) finanzieren kann. Die Verschuldung steigt somit ständig. Bereits Anfang des Jahres mußte die Stadt jährlich 1,13 Millionen DM an Zinsen (fast die Kosten von 2 neuen Kindergärten) bezahlen.

Wie soll es weitergehen? Ist es der richtige Weg, den SPD und CDU einschlagen wollen, die Kosten immer mehr auf die Bürger abzuwälzen? Wir haben hierzu eine andere Meinung und lehnen jede Gebührenerhöhung grundsätzlich ab. Wir sagen, kommunale Betriebe und Dienstleistungseinrichtungen müssen subventioniert werden. Dafür bezahlen die Bürger genug Steuern. Wir glauben, daß den Arbeitern, Angestell-

ten und Rentnern durch die gewaltigen Preissteigerungen, mit denen sich einige Konzerne goldene Nasen verdient haben, schon zuviel Geld entzogen wird. Die Kommunen haben geradezu die Pflicht, hier stabilisierend einzugreifen. Es geht kein Weg daran vorbei, den Städten und Gemeinden in Zukunft einen höheren Anteil am Gesamtsteuereinkommen zuzubilligen. Damit der Bund dies aufbringen kann, müssen die Millionen Verdienste und Dividenden-Bezüge höher besteuert werden und durch die Fortsetzung und Förderung der Entspannungspolitik die Möglichkeiten zur Senkung der enormen Rüstungskosten geschaffen werden. H.H.



Noch höhere Verbrauchersteuern – noch weniger Geld für die Gemeinden

Unsere Stadt muß sich immer mehr verschulden, um notwendige kommunale Einrichtungen finanzieren zu können. Wenn Bonn die Finanzzuweisungen nicht erhöht, können viele städtische Probleme künftig nicht gelöst werden. Dort aber wird das Geld für andere Zwecke verpulvert. So sollen die arbeitenden Menschen jetzt 2,6 Milliarden DM als „Opfer“ für die EG bringen.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen sehen Erhöhungen der Mineralöl- und Branntweinsteuer sowie einen höheren Anteil des Bundes an den Mehrwertsteuereinnahmen vor. Eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer wird nicht ausgeschlossen. Im Kabinettsbeschluß über die zusätzlichen 2,6 Milliarden Mark für die EG und die Milliardenbelastungen für den Steuerzahler heißt es: „Diese zusätzliche Belastung ist im gesamtstaatlichen Interesse der Bundesrepublik ebenso notwendig und unvermeidlich wie die 1980 beschlossenen Erhöhungen der eigenen Verteidigungsausgaben“ und der „Verteidigungshilfe (Türkei und Griechenland)“. Und weiter verlautet: „Die Beilegung des Haushaltsstreites (der EG) war eine vordringliche außen- und sicherheitspolitische Aufgabe.“

Im Klartext heißt dies: Die Steuerzahler der Bundesrepublik müssen für die Einheit der EG unter Führung Bonns und Washingtons zahlen, für die steigenden englischen Rüstungsausgaben, für eine konservative Ministerpräsidentin Thatcher, die einen sozialreaktionären, innenpolitischen Kurs verfolgt und die Gewerkschaften an die Leine legen will.

Die Finanzierung der in Brüssel beschlossenen zusätzlichen Maßnahmen für die EG sieht unter anderem vor, die Mineralölsteuer für Benzin um drei Pfennig und für Diesel um zwei Pfennig pro Liter ab 1. Januar 1981 zu erhöhen. (Mehreinnahmen 840 Millionen DM), falls die Bundesländer nicht bereit sind, dem Bund einen höheren Anteil am Mehrwertsteuereinkommen zu gewähren.

Angesichts der neuen Beschlüsse muß man darauf verweisen, daß der Schuldenstand der Länder Ende dieses Jahres auf 130,5 Milliarden und Ende 1981 auf 145 Milliarden beziffert wird. Für die Gemeinden lauten die Zahlen 88 und 90 Milliarden Mark. Die gesamten Schulden der öffentlichen Hand werden in diesem Jahr rund 450 Milliarden Mark betragen und 1981 auf fast 500 Milliarden steigen.

Vor dem Hintergrund neuer steuerlicher Massenbelastungen schrieb die FAZ in einem Kommentar: „Wenn Bund und Länder in der Klemme stecken und sich um den Steuerkuchen streiten, zahlt am Ende fast immer der Bürger mit höheren Abgaben die Zeche.“

Der Preistreiber

Karl-Heinz Kubb, maßgeblicher Redakteur des „Freitags-Anzeigers“, der „Frankfurter Neuen Presse“ und des donnerstags erscheinenden „Stadtanzeigers“, aber auch CDU-Politiker und Kreistagsabgeordneter seiner Partei, fordert den Magistrat und die Stadtverordneten unserer Stadt immer wieder dazu auf, doch endlich die Gebühren für Wasser, Kanal und Müll, sowie die noch nicht lange erhöhten Friedhofs- und Kindergartenbeiträge, aber auch die Steuersätze der Stadt anzuheben. In oben genannten Zeitungen spielt er sich in Kommentaren immer wieder als „Preistreiber“ oder auch „Gebührentreiber“ auf. Er schreibt: „Man wird gespannt sein dürfen, wann die Verwaltung hier aktiv wird und ob sie den Mut hat, noch vor den Kommunalwahlen Erhöhungen zu beantragen.“ In einem anderen Artikel schreibt er: „Hier wird sich zeigen müssen, ob die Mehrheitsfraktion der Sozialdemokraten trotz der im Frühjahr anstehenden Wahlen den Mut hat, Nägel mit Köpfen zu machen“, „... den Bürgern ist durchaus klar zu machen, ... daß sie alle Interesse an gut funktionierenden Kläranlagen haben müssen und die Mülldeponie von heute mit dem Abladen von einst nichts mehr zu tun hat. Mit einem Preis von 1,65 DM pro Kubikmeter liegt die Stadt an der ganz unteren Grenze.“

Schließlich gibt es nicht wenige Gemeinden in Hessen, wo dieser Preis schon an die 5 DM heranreicht.“

Wer hat Herrn Kubb überhaupt legitimiert, solche Forderungen aufzustellen? Er ist in dieser Stadt kein gewählter Stadtverordneter. Sein Mandat als CDU-Kreistagsabgeordneter gibt ihm hierzu nicht das Recht. Den Bürgern unserer Stadt ist zu empfehlen, bei künftigen Kommunal- und Kreistagswahlen solchen Leuten mit ihrer Stimme nicht mehr zu einem

Sitz zu verhelfen, denn ihre Interessen vertritt er mit seinen Forderungen ganz bestimmt nicht.

Den Verantwortlichen in den oben genannten Zeitungen wäre zu raten, einem Herrn Kubb nicht länger Gelegenheit zu geben, solche Beeinflussungen auszuüben. Die Leser müßten sonst glauben, daß sich die gesamte Redaktion mit dieser Meinung indentifiziert.

Im übrigen sollten sich die Leser des Freitags-Anzeigers, der in Mörfelden und Walldorf immer noch eine sogenannte Monopolstellung auf dem Gebiet der Vereins- und Familiennachrichten hat, dagegen wehren, daß in einer Stadt, in der die CDU bei weitem nicht die Mehrheit besitzt, ein CDU-Kreistagsabgeordneter unter verschiedenen Pseudonymen und unter seinem Namen parteipolitisch gefärbte Artikel schreiben kann.

Organisatorische Verbesserungen im Bürgerhaus

Den Vereins- und Bürgerwünschen muß Rechnung getragen werden

Das Bürgerhaus in Mörfelden hat nie die Anziehungskraft auf die Bevölkerung ausgeübt, wie es das seinerzeitige Volkshaus hatte. Das hat viele Gründe. Ziel der Kommunisten dieser Stadt war es schon immer, durch Maßnahmen im organisatorischen und räumlichen Bereich diesem Mangel abzuhelfen. Zu den Vorschlägen unserer Fraktion gehört auch der letzte Antrag im Stadtparlament um Herausnahme von ein bis zwei Räumen aus der Bürgerhauskonzession, damit die Bürger und Vereine preisgünstiger und individueller eine Begegnung oder Feier ausrichten können. In der Stadthalle in Walldorf, die keinen Pächter hat, funktioniert dies, warum sollte es in Mörfelden nicht auch klappen. Schon im Januar 1978 gab es einen Antrag der DKP, der den Magistrat um Prüfung bat, ob dies nicht möglich wäre. Seitens des Magistrats war man dieser Vorstellung nicht abgeneigt, meinte jedoch, daß man den Vertrag doch bis 1979 laufen lassen sollte und man die genannten Vorstellungen bei Neuabschluß des Vertrages berücksichtigen wolle. Daraufhin zogen wir den Antrag zurück. Auf eine Frage unsererseits Anfang 1979 bekamen wir zur Antwort, daß der Bürgerhauspachtvertrag neu abgeschlossen sei, doch die Intention unseres damaligen Antrages nicht berücksichtigt sei. Daraufhin stellten wir erneut einen Antrag, um bis spätestens Anfang 1981 1 bis 2 Räume aus der Bürgerhaus-Konzession herauszunehmen. Wir sind der Meinung, daß schon vor Ablauf des Vertrages Mitte 1982 eine Lösung gefunden werden kann, um den Vereins- und Bürgerwünschen Rechnung zu tragen. Daß man dieses bei einem laufenden Vertrag nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner bewerkstelligen kann und daß eine Änderung nicht zur Lasten des Pächters gehen braucht, das setzen wir voraus. Der Versuch, den Vertrag zu verändern, wird nicht gemacht, denn die Stadtverordnetenversammlung lehnte unseren Antrag ab. Ein mageres Ergebnis ist dennoch erzielt, daß der neue Vertrag im Jahre 1982 der Stadtverordnetenversammlung vor Abschluß vorgelegt wird.

Rudi Hechler

DKP-Stadtverordneter

Bundestagskandidat
der DKP
für den Wahlkreis
Groß-Gerau



Der Frieden hängt an einem dünnen Faden

In den NATO-Raketenstellungen bei Mönchengladbach, Wiesbaden und München schrillen die Alarmglocken. Pershing-II-Raketen mit atomaren Sprengköpfen richten sich auf Ziele in der Sowjetunion. Computer geben den Abschlußbefehl. Kaum eine Zigarettenlänge später erfolgt der sowjetische Gegenschlag — über Städten an Rhein und Isar steigen Atompilze auf. Es ist das Ende...

Eine Horrormission, doch mit sehr realem Hintergrund: Zum dritten Mal innerhalb von sieben Monaten lösen die Computer des US-Verteidigungsministeriums einen falschen Raketenalarm aus, meldeten die Monitore im US-Abwehrzentrum in Colorado Springs einen sowjetischen „Raketenangriff“. Sofort startete eine fliegende Kommandostation. Fünf mit Atombomben bestückte Flugzeuge des Strategischen Bomberkommandos wurden startklar gemacht, 1000 Langstreckenraketen zum Abschluß vorbereitet. Es dauerte drei Minuten und zwölf Sekunden, bis der Fehler bemerkt, ganze 20 Minuten, bis der Alarm abgeblasen wurde.

Stehen erst die neuen US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, können diese wenigen Minuten tödlich sein. Denn nur vier Minuten braucht eine Pershing II, um Ziele in der UdSSR zu treffen.

Pentagonbeamte ließen wissen, daß es bereits mehrfach zu derartigen Fehlleistungen kam, berichtet die Nachrichtenagentur dpa. Wie viele ähnliche Pannen wurden der Öffentlichkeit verschwiegen?

Inzwischen mehren sich die Zweifel daran, daß es sich bei den jüngsten Falschalarmen tatsächlich um Pannen gehandelt hat. Politische Beobachter schließen die Möglichkeit nicht aus, daß es sich um gezielte Provokationen gehandelt haben könnte. Dafür spricht einiges: Die US-Armee hat in der Vergangenheit mehrfach die Reaktionsfähigkeit sowjetischer Verteidigungsanlagen durch Scheinangriffe „getestet“.

Spielte man auch in diesen beiden Fällen bedenkenlos mit dem Feuer eines Krieges?

Angeichts des Fiaskos beim Überfall auf den Iran durch Hubschraubereinheiten könnte dem US-Präsidenten eine Demonstration amerikanischer Stärke sowohl für den Wahlkampf als auch nach außen als nützlich erscheinen.

Washington sagt jetzt „sorry“. Doch genügt das? Zwei Fehllarme innerhalb einer Woche zeigen, an welchem dünnen Faden der Frieden, das Leben ganzer Völker hängt. — gerade in einer Situation, da von den USA die Spannungen angeheizt und die Beziehungen zwischen Washington und Moskau schwer belastet wurden.

Sicherheit vor einem Atomkrieg schaffen nicht noch kompliziertere Computer oder neue Raketen. Nur ein Stopp des Wettrüstens, nur Abrüstung und Entspannung und der Verzicht auf die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen können uns vor einem Atomkrieg schützen, den unser Land nicht überleben würde.

Opel geht uns alle an!

Als wir in der März-Ausgabe des „blickpunkt“ darüber informierten, daß ca. 17.000 Arbeitsplätze bei Opel in Rüsselsheim vernichtet werden sollen, wurde uns oft gesagt, wir hätten wohl „eine Null zuviel“ abgedruckt oder, die Kommunisten würden „auf den Putz“ klopfen.

Nun — die Ereignisse der letzten Wochen haben uns recht gegeben, ja wir sind heute nicht mal mehr sicher, ob nicht noch mehr als 17.000 Arbeitsplätze in Zukunft bei Opel wegrationalisiert werden sollen.

Bis zu den Werksferien 1981 dürfte folgendes feststehen:

- 3.700 Arbeitsplätze werden im Motorenbau wegen der Produktionsaufnahme der neuen Werke in Österreich und Kaiserslautern wegrationalisiert.
- Etwa 1.700 Arbeitsplätze werden mit Inkrafttreten der 59er Regelung vernichtet.
- Und ca. 2.500 Arbeitsplätze entfallen auf Grund von Auflösungsverträgen.

Macht — summa summarum 7.900 Arbeitsplätze, wobei nicht eingerechnet ist, daß z. Zt. in Rüsselsheim monatlich 29 Kolleginnen und Kollegen entlassen werden und viele Kolleginnen und Kollegen wegen der unsicheren Lage selbst kündigen.

So gesehen können wir davon ausgehen, daß Opel plant, bis Mitte 1981 mehr als 10.000 Arbeitsplätze zu vernichten — wenn dem nicht Einhalt geboten wird.

Diese Lage wird sich mit der Produktionsaufnahme der neuen Werke in Spanien noch verschärfen.

Nun hört man noch sehr oft die Meinung, dies könne man ja von früher und so schlimm es auch im Moment sei, brauche Opel, wenn der Absatz wieder steigt, auch wieder Arbeitskräfte.

Diese Meinung ist falsch, da durch den Einsatz neuer Technologien und dem Bau neuer Werke in Westeuropa das Rüsselsheimer Werk perspektivisch wohl ein Montagewerk wird, beim Verbleib der Verwaltung und der Planungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsabteilung.

Somit nimmt heute jeder, der das Werk für immer verläßt, seinen Arbeitsplatz gleich mit.

Das heißt aber auch, daß die Söhne und Enkel der 59jährigen, die vorzeitig ihre Rente bekommen, vor den Werkstoren stehen ohne die geringste Aussicht auf Arbeit.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist aber nur eine Seite der Medaille!

Die andere Seite sind die Auswirkungen, die die Arbeitsplatzvernichtungsmaßnahmen auf unsre Region haben. So schätzt die Stadt Rüsselsheim, daß die Situation bei Opel ihr ein Loch in der Stadtkasse von 50 Millionen DM für 1981 bringen wird. Für 1980 sind es „bescheidene“ 30 Millionen. Solche verheerende Auswirkungen kommen jedoch nicht nur auf Rüsselsheim zu, sondern auf jede Kommune und auf den Kreis Groß-Gerau insgesamt, dessen größter Steuerzahler Opel ist.

Die Folgen sind: steigende Gebühren wie Wassergeld, Müllabfuhr usw. aber auch sogenannte Sparmaßnahmen im Schul- und Bildungsbereich, der Krankenversorgung bis hin zu den Zuschüssen für die Vereine und Verbände. Wir sehen also, die bei Opel beschlossenen Arbeitsplatzvernichtungsmaßnahmen treffen jeden Bürger und unsere immer wieder gemachte Aussage, wenn Opel Grippe hat, dann hustet der ganze Kreis, bestätigt sich unter katastrophalen Vorzeichen.

Was ist zu tun?

Heute kommt es vor allem darauf an, daß nicht nur die Opeler gegen die Pläne des Konzerns vorgehen, sondern daß die gesamte Bevölkerung solidarisch an der Seite der Kolleginnen und Kollegen bei Opel steht. Es gilt heute, die IG Metall-Vertrauensleute zu unter-

Unter der Überschrift „Arbeitsplätze in Gefahr — alle sind betroffen — alle müssen handeln“ hat der DKP-Kreisvorstand Groß-Gerau die erste umfassende Darstellung zu der Arbeitsplatzproblematik bei Opel in Rüsselsheim herausgegeben.

Man kann diese Ausarbeitung kostenlos erhalten beim: DKP-Kreisvorstand Groß-Gerau, Ludwigstr. 15, 6090 Rüsselsheim, Tel.: 06142/12298 oder bei jedem Mitglied der DKP.

stützen, die in einer Entschließung auf ihrer Vollversammlung am 2. Juni 1980 forderten:

„Neben der Aufklärung und Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb muß das Ziel unserer Arbeit sein, im öffentlichen, politischen und konfessionellen Bereich Unterstützung für unsere Aktionen zu erreichen.“

Milliarden nach Detroit, „Pfennige“ für Arbeiter

Katastrophale Auswirkungen hat diese Entwicklung vor allem für die Jugend der ganzen Region Rüsselsheim. Viele der jetzt noch in der Ausbildung stehenden Jugendlichen bei Opel werden nicht übernommen oder werden ihre erworbenen Qualifikationen nicht mehr voll verwerten können. Ausbildung und Arbeitsplätze für die Zukunft stehen in den Sternen geschrieben.

Angesichts der Milliardengewinne von Opel bleibt es ein Skandal, daß der Arbeitsplatzabbau auch noch von den Sozialversicherten selbst zum größten Teil finanziert werden muß (Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung nach Arbeitsförderungsgesetz sowie Belastung der Rentenkassen). Den Opel-Konzern kostet die Vernichtung von über 5000 Arbeitsplätzen dagegen die lächerliche Summe von 60 Millionen Mark. Allein von 1966 bis 1978 wurden von Opel drei Milliarden DM an Dividende

nach Detroit überwiesen und 1979 noch einmal fast eine halbe Milliarde.

Schon jetzt wurden aus Mitteln des Arbeitsförderungsgesetzes über 50 Millionen Mark für Kurzarbeit bei Opel bezahlt und der Stadt Rüsselsheim 1980 Einnahmeverluste von über 30 Millionen Mark beschert. Die Städte und Gemeinden der Region Rüsselsheim werden so in einen finanziellen Abgrund gestürzt — durch den Wegfall vieler Millionen Steuereinnahmen, für die es keinen Ersatz geben wird, schon gar nicht nach den jüngsten Steuerplänen aus Bonn.

Die DKP wird sich nach wie vor dafür einsetzen, daß kein Arbeitsplatz in der Region verlorengeht. Betriebliche und übergreifende Kampfmaßnahmen sind notwendiger denn je. Dies entspricht auch den Beschlüssen der Opel-Vertrauensleute und der IG Metall.

Die Grünen sind kein Ausweg

In unserer Region machen die Umweltskandale Schlagzeilen. Über Hoechst stolpern Minister, die HCH-Schäden von Merck werden mit Steuergeldern beseitigt, der Flughafen steht als ständige Drohung am Horizont. Immer mehr Bürger sind besorgt, einige glauben, daß man mit den Grünen eine Änderung erreichen könnte.

Mit ihrem Einzug in die Parlamente haben die Grünen eine „Tendenzwende“ angekündigt. Der Bremer Sprecher der Grünen, Diné, verkündete während der Haushaltsdebatte, die Ursache allen Übels sei das „künstlich hochgeprägelter Krebswachstum des Sozialprodukts“. Also nicht die Konzerne. Die „Sparvorschläge“ der Grünen über 500 Millionen Mark betrafen denn auch den Bildungsbereich, das Gesundheitswesen und den Personalhaushalt. Kein Wort gegen die Steuergeschenke an die Konzerne. Auch keine Einwände zu den Gebührenerhöhungen bei Strom, Gas und Wasser. Die Konzerne haben vor den Grünen also nicht zu zittern.

Aber es gibt auch noch ein paar andere Gründe, für eine kritische Einschätzung.

- Der Führende Grüne in NRW, Prof. Beuys bezeichnete sich als „engagierter Bundeswehr-Sympathisant“.
- Die Grünen treten für „alternatives Wohnen“ ein. Aber der Spitzenkandidat der Grünen in Freiburg war ein Makler, dem zahlreiche Beton-Wohnsilos gehören und Geld bringen.
- In Leverkusen kippten die Grünen gemeinsam mit der CDU den SPD-Bürgermeister.
- Zu den Forderungen der Grünen gehört auch Freiheit für den Naziverbrecher Hess.
- Der grüne Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg, Hasenclever, forderte wie auch Strauß — einen Olympia-Boykott in Moskau.
- Und dann ein Wort zum „Chef“ der Grünen, Hausleiter. Ein Mann mit bewegter Vergangenheit: CSU-Funktionär, dann Vorsitzender der ultrarechten „Deutsche Gemeinschaft“ (die 1965 mit der NPD ein Bündnis suchte), später Kopf der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD). Er ist und bleibt ein strammer Rechter.

Das alles muß man über die Grünen wissen. Dann kann man auch verstehen, warum CDU-Biedenkopf und CSU-Strauß in den Grünen „ernstzunehmende Kräfte“ oder gar schon Partner sehen.

Und dann kann man auch verstehen, warum wir eindringlich vor den Grünen als Wahlpartei warnen!

Grundsätzliches muß geändert werden

Die Chemieindustrie unseres Landes verfügt über geeignete Möglichkeiten, Produktionsabfälle gefahrlos zu beseitigen. Was hindert sie daran? Die Kosten. Sie würden die Gewinne schmälern. Wer hindert sie nicht daran, das Giftrisiko auf die Bevölke-

rung abzuwälzen? Die Regierenden. Sie wollen das System der „freien Marktwirtschaft“ — die Konzernherrschaft — nicht antasten. Deshalb wiederholen sich Umweltskandale regelmäßig. Deshalb ist da auch mit der Forderung nach Konsumverzicht nichts auszurichten. Das trüfe die Betroffenen, nicht die Verursacher.

Also muß sich etwas über die Verfügungsgewalt über die Produktionsstätten ändern. Die DKP weist stets daraufhin, daß es notwendig ist, den Konzernen die Verfügungsgewalt über die Fabriken zu entziehen, um eine gefahrlose und nützliche Anwendung von Wissenschaft und Technik zu erreichen, bei der nicht der Profit das oberste Gebot ist. Die Interessen der arbeitenden Menschen müssen deshalb oberstes Produktionsprinzip sein. Hier liegt der wesentliche Unterschied zwischen der DKP und den Grünen. Wo sich die Grünen im Gegensatz zu der arbeitenden Bevölkerung befinden, haben sie die DKP



Unser Gorleben ist die Startbahn/West

Aus der angekündigten „Räumung“ am Bohrloch 1004 wurde eine generalstabsmäßig angelegte Bürgerkriegsaktion. Starke Einheiten des Grenzschutzes und der Polizei mit Panzern und Hubschraubern, Wasserwerfern und chemischen Keulen, Maschinenpistolen und Hundestaffeln gegen zweitausend friedliche Demonstranten — CDU-Albrecht, der sich so gern als „liberale Alternative“ zu Strauß präsentiert, zeigte sein wirkliches Gesicht.

Viele Bürger unserer Stadt dachten bei den Fernsehbildern an unser „Gorleben“, an die Startbahn/West, an das Protesthaus, das die Umweltschützer mitten auf der geplanten Startbahn-Trasse gebaut haben. Denn morgen schon kann es so weit sein, daß auch hier die Bulldozer rollen, daß Polizeihundertschaften den Startbahn-Interessenten den Weg ebnen. Dann wird es auf die Unterstützung der ganzen Bevölkerung ankommen, dann wird es sich auch zeigen, ob die Zustimmungserklärungen der örtlichen Parteien noch halten.

In Gorleben konnte man erleben, was manche Versprechungen wert sind.

Erst hörte man aus den Zentralen der SPD und der FDP, man nehme die Sorgen der Umweltschützer und Kernkraftgegner ernst. Dann schick-

daher zum Gegner. Wo es aber darum geht, den Konzernen und ihren Politikern entgegenzutreten, sind Kommunisten zu finden: in der Parteienaktionsgemeinschaft, in Bürgerinitiativen, bei Umweltschutzaktionen, in Abrüstungsinitiativen und im Stadtparlament. Dort sind sie auch konsequente Bündnispartner vieler Anhänger der Grünen.

JEDER
der die Gesellschaft
verändern,
den Sozialismus will,

gehört in die

DKP

te man aus dem sozialdemokratisch regierten Nordrhein-Westfalen und aus dem sozialliberal geführten Hessen Polizeihilfstruppen nach Lüchow-Danzenberg, um sich mit Albrecht „solidarisch“ zu zeigen.

Und noch etwas sollte man sehen.

In Gorleben ging es nicht nur um die demokratischen Rechte von friedlich demonstrierenden Umweltschützern und Gegnern des Bonner Atomprogramms. In Gorleben erlebten wir auch den Mißbrauch der Polizei. Aber dies ist bei uns schon undemokratische Tradition. Und es gehört zu den zwei Seiten einer Medaille, wenn einerseits Polizei zum Schutz neonazistischer Zusammenrottungen und von Aufmärschen der terroristischen Grauen Wölfe aus der Türkei aufgeboten wird, während sie andererseits Einsatzbefehl gegen demonstrierende Studenten (Schahbesuch), bei Roter-Punkt-Aktionen von Bürgern gegen Fahrpreiserhöhungen und jetzt in Gorleben erhält.

Die Antwort darauf kann nur die Unterstützung aller ehrlichen Demokraten, ihr gemeinsames Handeln gegen diese Entwicklung nach rechts sein, die offensichtlich von allen Bonner Parteien gemeinsam getragen wird. Die Lehre von Gorleben heißt für uns volle Solidarität mit jenen, die aktiv gegen die Startbahn/West kämpfen.

Sportförderung auf Sparflamme

Bei der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde zum Sportentwicklungsplan des Kreises die Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. In diesem Plan soll der Bedarf an Sportstätten bis 1985 angegeben werden. Über den Begriff Sportentwicklungsplan und Sportstättenbedarfsplan gab es Auseinandersetzungen. Aber nicht nur die Begriffe waren der Streitpunkt, sondern auch der Bedarf, der sich laut SPD-Meinung an den finanziellen Möglichkeiten der Stadt ausrichten soll, waren Inhalt der DKP-Stellungnahme, die Stadtverordneter Dötsch vortrug. Unter anderem sagte er:

„Hier sind zwei Ausdrücke in Umlauf und es bedarf wohl eines klärenden Wortes. In der Vorlage heißt es einmal Sportentwicklungsplan und im Beschlußtext Sportstättenbedarfsplan, auch ist in der Diskussion das Wort Sportstätteninvestitionsplan gefallen. Ich möchte keine Haarspalterei betreiben, aber hier sind doch Begriffe benutzt worden, die unterschiedlich sind. Ein Bedarfsplan hat mit dem Investitionsplan nicht unbedingt etwas zu tun. Bedarf richtet sich nicht nach den Finanzen, sondern nach den Bedürfnissen der Sporttreibenden. Hingegen ist der Investitionsplan sehr wohl von den Haushaltsmitteln abhängig. Ebenfalls der Ausdruck Sportentwicklungsplan bedeutet doch, daß man den Sport entwickeln, d.h. fördern will. Dazu bedarf es der Einrichtungen. Das bedarf der Auswahl. Alles kann man nicht in gleicher Weise fördern.

Erst das Angebot lenkt und kanalisiert die Sporttreibenden und nicht umgekehrt, wie es im Ausschuß von SPD-Seite zu hören war. Da wurde die Meinung geäußert, daß Kinder oder Jugendliche auf den Festplätzen oder asphaltierten Feldwegen die Möglichkeit des Rollschuhlaufens hätten. Erst wenn sie sich zu einem Verein zusammenschlossen hätten und eine Leistung brächten, könne man über den Bau einer Rollschuh- und Eisbahn reden. Ich nehme Bezug auf das Wahlprogramm der SPD. Sie hatten vor vier Jahren die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung erkannt. Aus Finanznöten haben Sie dies für diese Legislaturperiode gestrichen. Mit dem vorliegenden Plan, dort wurde diese Investition nicht aufgenommen, haben Sie dies auch für die nächsten fünf Jahre gestrichen.

In der Beschlußvorlage heißt es, wie gesagt, „Sportstättenbedarf bis 1985“. Bedarf sehen wir im Schwimmsport und hier spreche ich das Hallenbad an. Wir sollten klar zu erkennen geben, daß ein Hallenbad in der Nähe der Gesamtschule mit 2000 Kindern notwendig ist. Ein Bad bietet aber nicht nur für Kinder und Jugendliche Möglichkeiten

der körperlichen Betätigung, sondern ist auch für die älteren Bürger attraktiv.

Im Familien- und Bekanntenkreis sind mir Fälle bekannt, wo 60- bis 65-jährige noch

schwimmen lernen. Ich will mich hier nicht auslassen über die gesundheitliche Bedeutung des Schwimmens. Ich glaube, daß es unter den Anwesenden keine Einwände gibt, wenn ich festhalte, daß es ein Armutszugnis für unsere Stadt ist, daß der Bürgermeister sagen muß, daß er eine eventuelle Zuschußbewilligung des Landes oder Kreises zurückschicken müßte, falls sie erteilt würde.

Vor etwa 10 Jahren hat man dieses Hallenbad als notwendig erachtet, hatte schon Finanzrücklagen gebildet und eine Hallenbadkommission berufen. So können wir auch nicht dem SPD-Papier zustimmen, das den Hallenbadbau auf den St.-Nimmerleins-Tag verschieben will.

Hysterie muß her

Eine Meinungsumfrage des bürgerlichen EMNID-Institutes alarmiert die Bourgeoisie: Während im Februar 1980 der Anteil der Befragten, die bessere Beziehungen zur Sowjetunion wünschen, auf 63 Prozent fiel, sprachen sich jetzt bereits wieder 67 Prozent für bessere Beziehungen zur UdSSR aus. Springers „Welt“ stellt entsetzt fest, daß die Afghanistan-Hysterie schwindet.

Das aber darf nach bürgerlicher Logik und Strategie nicht sein! Denn wie lassen sich ohne die Afghanistan-Kampagne Milliarden für die NATO-Rüstung und die EG-Kasse locker machen, wie können nationale Interessen für ein Carter-Grinsen verkauft werden?

Also muß eine neue Afghanistan-Kampagne her. Seit dem Wochenende läuft sie – mit einem Marsch der Konterrevolution auf Kabul, wieder mit Tausenden toten Russen, mit Kämpfen in der Stadt und anderswo. Belegen kann man das alles nicht, aber es gibt ja anonyme Reisende, die im Ausland, auch

wenn sie nichts gesehen haben, munter Horrorgeschichten erzählen.

Das ganze hat System. Nicht zufällig kurbeln US-Medienkonzerne die neuen Lügen zu einer Zeit an, wo sich starke Tendenzen für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik entwickeln. Nicht zufällig verstärkt der US-Geheimdienst CIA seine Waffenlieferungen an die Banden in einer Zeit, wo die Vorschläge der afghanischen Regierung für eine politische Lösung des Problems international stark beachtet werden. Und nicht zufällig steigert sich dies alles im Vorfeld der Olympischen Spiele, die der Carter-Boykott nicht zu Fall brachte.

Die neue Kampagne ist zynisch und scheußlich. Denn sie tritt nicht nur die Wahrheit mit Füßen, sie fordert – durch den konterrevolutionären Terror – auch neue Opfer vom afghanischen Volk und richtet sich gegen den Friedens- und Entspannungswillen der Völker.

**Eine Zeitung
für Dich und
Deinen Boss
gibt es nicht!**

Die UZ schreibt nur für Dich



Freundschaftliche Beziehungen werden ausgebaut

Bei der DKP-Hessen war eine Delegation der Kommunistischen Partei Armeniens zu Gast.

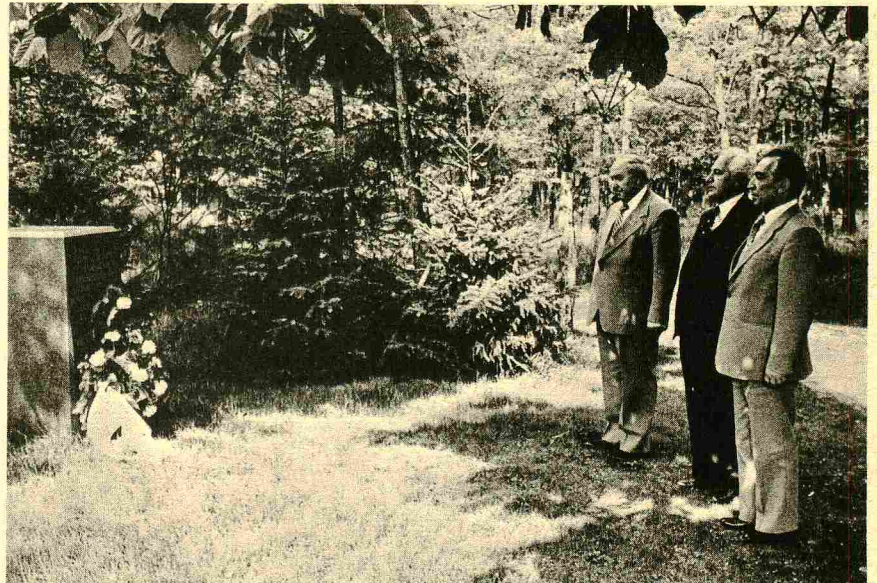
Die Delegation, der der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Armeniens, K. L. Dallakjan, Mitglied des Obersten Sowjet der Unionsrepublik Armeniens sowie der 1. Sekretär der Parteiorganisation der Hauptstadt Jerewan, S. J. Nercesjan, Mitglied des Obersten Sowjet der UdSSR und der Leiter der Kulturabteilung beim ZK der Kommunistischen Partei Armeniens, S. S. Awetisjan, Mitglied des Obersten Sowjet der Unionsrepublik Armenien angehörten, führte zahlreiche Gespräche mit Arbeitern und Angestellten verschiedener hessischer Wirtschaftszweige und informierte auf mehreren Veranstaltungen der DKP über die gesellschaftliche Entwicklung in ihrem Lande. Empfangen wurde die Delegation nach Betriebsbesuchen durch die Betriebsräte mehrerer Unternehmen sowie in verschiedenen Städten durch deren Bürgermeister. Die sowjetischen Gäste aus Armenien trafen auch mit Vertretern der Hessisch-Rheinländischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen mit der Sowjetunion zusammen. Hier wurde vor allem über den Ausbau der Partnerschaft zwischen Armenien und Hessen gesprochen.

In Mörfelden wurde die Delegation von Bürgermeister Brehl empfangen. Anschließend legten die Gäste am Walldorfer Gedenkstein für die Opfer des Faschismus ein Blumengebilde nieder. Zum Abschluß der Delegationsreise hatten die Partei- und Parlamentsvertreter ein langes Gespräch in Bad Godesberg mit dem Botschafter der UdSSR, Semjonow.

Bei allen Begegnungen, die die Gäste aus Armenien mit Bürgern Hessens hatten, wurde übereinstimmend festgestellt, daß es zur Politik der Entspannung keine echte Alternative gibt. Man müsse zu Ergebnissen kommen, um den Interessen der Völker beider Länder gerecht zu werden.



Bürgermeister Brehl empfängt die Armenier im Rathaus.

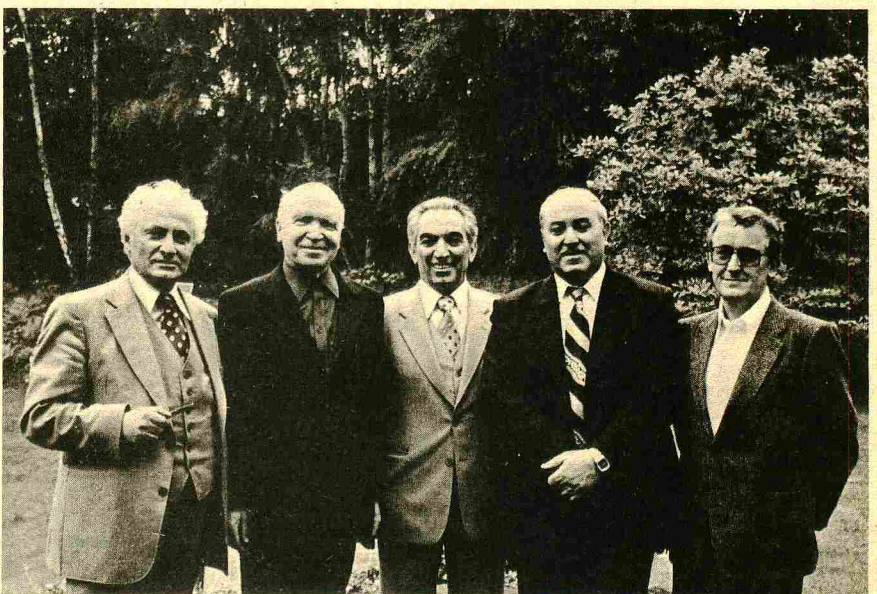


Am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus in Walldorf.

Für die
Verteidigung der
sozialen und
demokratischen
Rechte



DKP
Deutsche
Kommunistische
Partei



Empfang der Delegation in der Residenz des sowjetischen Botschafters.

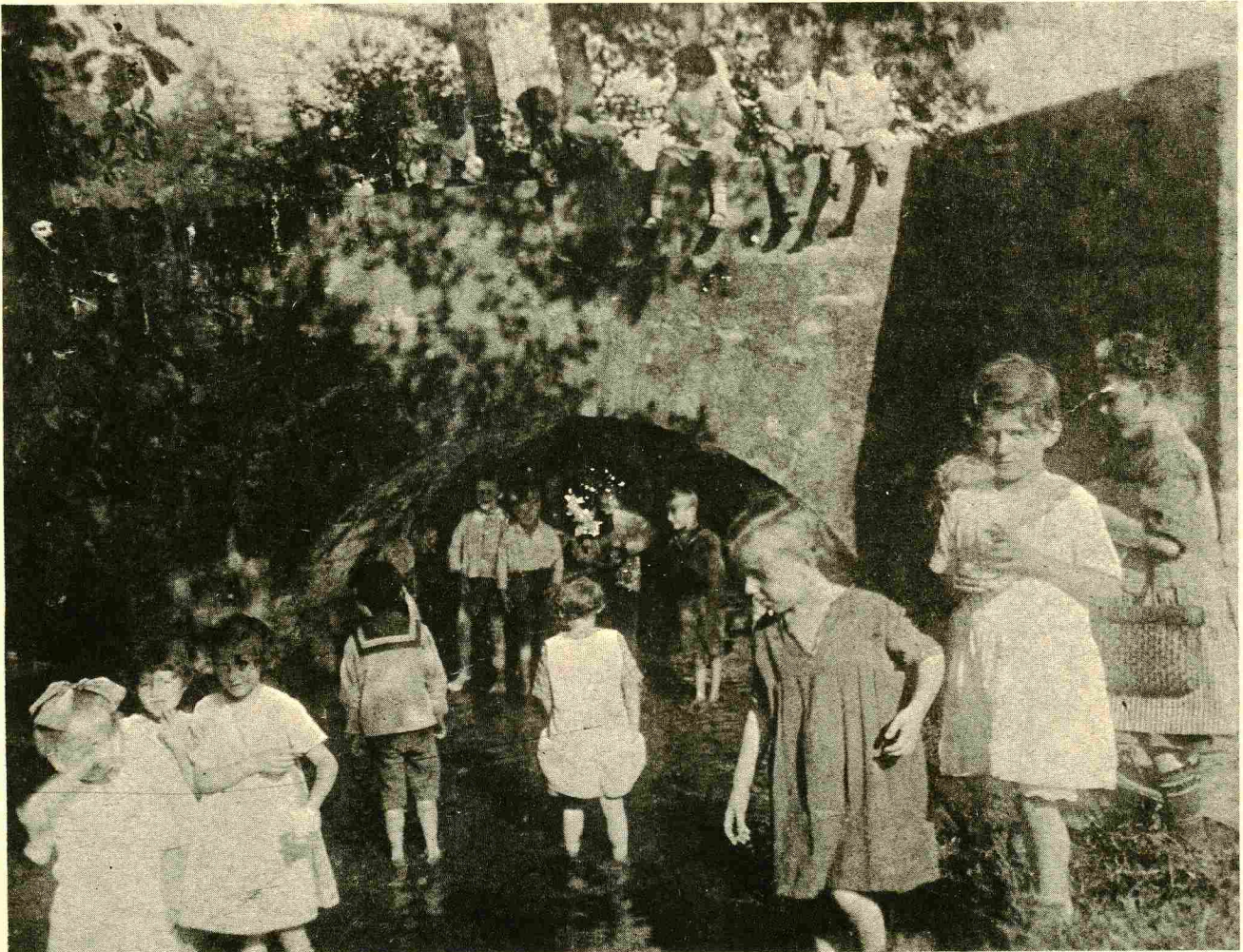
Literaturcafé

Peter Schütt
im Bürgerhaus

Der Hamburger Schriftsteller Peter Schütt liest aus seinem neuen Amerika-Buch „Die Muttermilchpumpe“ am 30. Juni 1980 im Bürgerhaus Mörfelden.

*Ein gefundenes
Fressen!*

Er hat den „blickpunkt“ zum Fressen gern. Dieses schöne Foto stellte uns ein „blickpunkt“-Leser zur Verfügung. Herzlichen Dank!



Mörfelden gestern

Die Bäche und Gräben unserer Gemarkung waren „Früher“ der Ersatz für ein Schwimmbad. Viele Ältere erzählen noch heute vom „Brückelche“, dort wo sie als Kinder im Gerätsbach, in der Nähe des Bahndamms, ihre ersten Schwimmversuche wagten.

1928 wurde in Mörfelden das Waldschwimmbad gebaut. Dies war vorbildlich für die Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und darüber hinaus für ganz Hessen.

Unser Bild wurde 1927 am Gerätsbach, in Höhe der Steigbergsschneise, unweit des heutigen Grillplatzes, aufgenommen. Sicher hatten die Erstklässer Wandertag, sodaß die heißgelaufenen Füße im Bach abgekühlt werden mußten. Hosenbeine wurden hochgekrempelt, Röcke und Kleider vorsichtig angehoben.

Unter der Brücke konnten im klaren Wasser damals noch Fische beobachtet werden. Heute ist der Bach weniger sauber trotz der biologischen Stufe unserer Kläranlage.